

Hans-Peter Feldmann profil without words

Numéro 83, automne 2009, hiver 2010

Matériau : magazines
Medium: magazines

URI : <https://id.erudit.org/iderudit/63670ac>

[Aller au sommaire du numéro](#)

Éditeur(s)

Les Productions Ciel variable

ISSN

1711-7682 (imprimé)
1923-8932 (numérique)

[Découvrir la revue](#)

Citer ce document

(2009). Hans-Peter Feldmann : profil without words. *Ciel variable*, (83), 12–19.

PORTFOLIOS

MATÉRIAU : MAGAZINES
MEDIUM : MAGAZINES

Que disent l'ensemble des images qui composent un magazine ? Que révèlent leur format et leur positionnement ? Les artistes s'approprient, détournent ou exacerbent le contenu et la mise en page de magazines existants. Ils cherchent ainsi à rendre manifeste ce qui structure la part de l'image et à mieux faire voir ses énoncés implicites.

Taken as a whole, what do the images that make up a magazine say? What do their format and positioning reveal? Artists appropriate, divert, or exaggerate the content and layout of existing magazines, seeking to make manifest how the image's share of the page is structured and tease out the implicit statements made.

12 **Hans-Peter Feldmann**
profil without words

20 Présentation
22 Presentation

22 **Christian Boltanski**
Signal

25 Un magazine de propagande nazie
défait par un artiste
29 A Nazi Propaganda Magazine
Deconstructed by an Artist
ANNE BÉNICHOU

32 **Michael Snow**
Repeat Offender

34 From Repeat Offender to La revue
40 De Repeat Offender à La revue
MARTHA LANGFORD

32 **Ron Terada**
Defile

34 Trading Places: The Story of Defile
40 Trading Places : la création de Defile
comme lieu d'échanges
ADAM CARR



Hans-Peter Feldmann

profil without words

profil without words (2000), de Hans-Peter Feldmann, est la réplique d'un magazine d'actualité duquel on a retiré tous les textes pour n'en retenir que les photographies, leur séquence et leur positionnement dans la page. Faisant parler les images par elles-mêmes, ce projet révèle la mise en forme visuelle des affaires courantes que produisent les médias imprimés. Conçu dès la fin des années 1960, il ne verra finalement le jour que le 7 février 2000, grâce à l'initiative de museum in progress et la collaboration du magazine *profil*, qui facilite la reprise de leur édition parue au moment de l'accession de l'extrême-droite au pouvoir.

profil without words (2000), by Hans-Peter Feldmann, is a replica of a news magazine from which the text has been removed so that only the photographs remain, in their original sequence and positioning on the pages. Making the images talk for themselves, this project reveals the visual formatting of current affairs produced by the print media. Although Feldmann first had the idea in the late 1960s, the work was published only on 7 February 2000, thanks to the initiative of museum in progress and the collaboration of the magazine *profil*, which facilitated the reworking of its issue that came out when the extreme right rose to power in Austria.

Nr. 6 7. Februar 2000

profil







Kabinett Schüssel I

Regierung. *Marathonmann, Porschefahrer, Königskobra* – Gernot Bauer über die Mitglieder der umstrittensten Bundesregierung, die Österreich je hatte.

Benita Ferrero-Waldner
Außenministerin, ÖVP

Die Etikettierte

Bevor die 51-jährige Salzburgerin europäische Politiker wie Jörg Haider mit einem „aufgeregten Hühnerstall“ vergleichen würde, ginge sie lieber ungeschminkt und in Jeans ins Amt. Ferrero gilt als Großmeisterin der Etikette und des diplomatischen Protokolls: stets durchgestylt, mit einer Schleife im Haar und ordentlichem Schuhputz. Als neue Außenministerin muss Ferrero-Waldner nun weltweit als Generalanwältin der Republik den Ruf Österreichs im Ausland verteidigen. Sie begann mit der diplomatischen Ochsentour schon vergangenen Freitag: Die Sanktionen der EU-Länder bezeichnete Ferrero als „Überreaktion“, doch – ganz Diplomatin



BENITA FERRERO-WALDNER
Anwältin fürs Österreich-Image

– habe sie „volles Verständnis für die Besorgnis, die hier zum Ausdruck kommt“. Als Staatssekretärin war Ferrero-Waldner für Außenminister Wolfgang Schüssel die ideale Besetzung: fleißig, loyal und stets bemüht, ihrem Chef um Himmels willen nicht die Show zu stehlen. Eigene Ambitionen nach Höherem hatte sie nicht – oder wusste sie gut zu verbergen. Es hat sich gelohnt.

Wilhelm Molterer
Landwirtschaftsminister, ÖVP

Der Bauerntreue



Molterer, 44, war der Lieblingsschwarze der roten Regierungsfaktion. Mit Ex-Finanzminister Rudolf Edlinger konnte er bis zuletzt scherzen. Der Landwirt aus Oberösterreich gilt schließlich als einer der stärksten Befürworter der rot-schwarzen Koalition. Doch stärker als die Bande zur SPÖ ist Molterers Loyalität zu seinem Chef Wolfgang Schüssel.

Elisabeth Gehr
Bildungsministerin, ÖVP

Die Resolute



„Lisi“ nennt sie Wolfgang Schüssel auch in der Öffentlichkeit. Gehr ist, wie sich Wiener eine Vorarlbergerin vorstellen: charmant und resolut. Sympathie für die Freiheitlichen wurde ihr zwar nicht nachgesagt, doch den Kurs ihres Parteiobmannes trägt die 57-Jährige mit. Gehr soll nun für die ÖVP Sympathiepunkte in der Öffentlichkeit sammeln.

Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler, ÖVP

Der Hasardeur am Ballhausplatz

Fein sein, beinander bleiben“, sang Wolfgang Schüssel, 54, kurz vor der Wahl in einem Wirtshausgarten in Wien. Mit den Roten ging sich das Beinanderbleiben dann doch nicht mehr aus. „Ich will Bundeskanzler werden“, sagte Schüssel, als er 1995 Erhard Busek als ÖVP-Obmann ablöste. Im selben Jahr hasardierte Schüssel das erste Mal, brach Neuwahlen vom Zaun und verlor. Diesmal war Schüssel klüger und hasardierte erst nach den Wahlen. Das Risiko, das er einging, hat sich für ihn ausgezahlt: Die ÖVP, drittstärkste Partei, stellt nach genau dreißig Jahren wieder den Regierungschef, die vier Buchstaben vor seinem bisherigen Titel ist Schüssel los.

Doch mit der Kanzlerherrlichkeit ist es nicht weit her. Statt in Hinkunft am Tisch der europäischen Regierungschefs zu sitzen, wo Schüssel seinen Platz stets sah, wird er zwar nicht zur Persona non grata, aber auch nicht zum gern gesehenen Kollegen in der europäischen Familie. Ernst gemeinte, aufrichtige Glückwünsche zum neuen Amt wird er wohl nur von der bayerischen CSU entgegennehmen können.

WOLFGANG SCHÜSSEL
Vom Europäer zum Outlaw?

nen. Schüssels Androhung im Wahlkampf, seine berühmte Oppositionsrolle, wäre ihm nicht gelegen, denn von der harten Oppositionsbank schimpfen, statt in den europäischen Metropolen zu tafeln, ist nicht das Seine. Doch nun als Regierungschef steht ausgerechnet die Reputation Schüssels als überzeugter Europäer auf dem Spiel, die er seit jeher – wohl zu Recht – für sich beanspruchte. Fast trotzig wies Schüssel vergangenen Freitag auf sein Europäertum hin, bereits zornig wischte er Kritik aus dem Ausland zurück. Seine Partei ist Schüssel ohne Widerspruch und blind gefolgt, nun ist sie ihm auch ausgeliefert. Scheitert Schüssel, ist es nicht mit einem Obmannwechsel getan, sondern dann nimmt er die ÖVP mit ins politische Grab.





ERNST STRASSER
Schwarzer
Minister im
roten Amt

Ernst Strasser, Innenminister, ÖVP

Ernst, der Sture

Der Niederösterreicher Ernst Strasser war, was für ein Glück, vergangenen Freitag von lauter niederösterreichischen Landsleuten umgeben, als ihm im Festsaal des Innenministeriums in der Wiener Herrngasse seine Spitzenbeamten vorgestellt wurden. Der ranghöchste uniformierte Polizist Wiens, Franz Schnabl – kommt der doch glatt aus der Nähe von Gloggnitz. „Ich bedanke mich für den warmen Empfang“, sagte Strasser.

Schnabl hatte es allerdings eilig. Nachdem er dem neuen Chef

zwei Minuten lang die Hand gedrückt und geografische Details der Semmering-Gegend erörtert hatte, schnappte sich Schnabl Mantel und Dienstkappe, sprang in seinen Dienstwagen und ließ sich zum Sozialministerium transportieren. Das war gerade von Demonstranten gestürmt und eingenommen worden.

Der erste halbe Tag seiner Amtszeit war für Strasser – mehr als für alle anderen neuen Minister – schon richtig spannend. In seiner Antrittsrede lobte Strasser die Arbeit der Exekutive während

der Demonstrationen und kündigte an, jenen Beamten, der beim Einsatz auf dem Ballhausplatz verletzt worden war, persönlich besuchen zu wollen.

Die anwesenden Spitzenbeamten lauschten dem neuen Minister. Sie unterbrachen ihn nicht mit Zwischenapplaus. Die Stimmung war abwartend. Denn dem Innenministerium steht mit Strassers Kür eine echte Zäsur ins Haus. Nur während der ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 und 1970 hatte hier ein fremdfarbiger Politiker das Sagen gehabt. Ansonsten war das Innenministerium in der Geschichte der Zweiten Republik fest in roter Hand. Doch vor einer allfälligen rot-dominierten Beamtenenschaft fürchtet sich einer wie Ernst Strasser nicht. Strasser gegenüber profil: „Ich habe volles Vertrauen zu den Beamten im Ministerium.“

Die Ministerwürde katapultiert Strasser erstmals in die erste politische Reihe. Die meiste Zeit seiner Karriere hatte Strasser im Hintergrund gewerkt. Von 1992 bis 1998 war der gebürtige Oberösterreichische Landesgeschäftsführer der niederösterreichischen Volkspartei und damit Erwin Prölls politischer Prellbock. Für

Pröll zog Strasser 1998 einen straff organisierten Wahlkampf zwischen Teenie-Pop – Pröll wurde als cooler „Man in Black“ mit dunkler Sonnenbrille verkauft – und Trachtenästhetik auf. Mit Erfolg: Die ÖVP konnte zwar marginal, aber doch zulegen, und Pröll belohnte seinen Wahlkampfmanager Strasser mit dem Posten des Klubobmanns im niederösterreichischen Landtag.

Das jetzige Avancement zum Innenminister sei doch „sehr überraschend“ gekommen, so Strasser. Der Niederösterreicher ist der einzige Neuling im Kabinett und damit Wolfgang Schüssels Signal der personellen Erneuerung an das Land. „Es gibt viel zu tun“, sagt Strasser: Reform der Staats- und Kriminalpolizei, Reform der Ausbildung, Verbesserung der technischen Ausstattung, Durchführung der Volkszählung 2001. Und vor allem: die Moral innerhalb der Exekutive zu halten: „Denen, die die Schädeln für uns hinhalten, müssen wir zeigen, dass die Politik voll hinter ihnen steht.“

Was Strasser leicht fallen wird. Der Niederösterreicher hält sich selbst nach eigener Angabe für „bisweilen stur.“

„Denen, die für uns die Schädeln hinhalten, müssen wir zeigen, dass wir hinter ihnen stehen“

ERNST STRASSER

Martin Bartenstein, Wirtschaftsminister, ÖVP

Der Marathonmann

Martin Bartenstein hat es geschafft. Schon lange wünschte sich der bisherige Familienminister ein wichtiges Ministerium. Das bekommt der Steirer nun, angereichert um die Agenden „Arbeit“, die aus dem Sozial- ins Wirtschaftsministerium wandern. Der Steirer – begnadeter Marathonläufer

MARTIN BARTENSTEIN
Rechtsverbinder zur FPÖ



– liebäugelte schon lange offen mit einer Zusammenarbeit mit der FPÖ und traf sich gern heimlich mit Jörg Haider. Als Wirtschaftsminister ist er nun mitverantwortlich dafür, dass in Österreichs Wirtschaft jenes Geld verdient wird, das laut Planung des früheren Familienministers Martin Bartenstein im Rahmen des „Karengelds für alle“ für die Familien ausgegeben werden soll.

Alfred Finz
Staatssekretär, ÖVP

Der Buchhalter



Im Finanzministerium könnte es zu einem Generationenkonflikt kommen. Der bisherige Leiter der Präsidialsektion im Rechnungshof ist mit 56 um 25 Jahre älter als sein neuer Chef, Finanzminister Karl-Heinz Grassler. 33 Jahre lang arbeitete Finz im Rechnungshof und kontrollierte das Budget. Jetzt darf er es als Staatssekretär mitgestalten.

Franz Morak
Staatssekretär, ÖVP

Der Bühnenschreck



In Amerika brachte es der Schauspieler Ronald Reagan zum Präsidenten. Franz Morak wird immerhin Staatssekretär. Morak gehört seit 1974 dem Ensemble des Burgtheaters an. Legendar sind seine Auseinandersetzungen mit dem früheren Burgtheater-Chef Claus Peymann. Nun soll Franz Morak als Staatssekretär für Kultur Punkte sammeln.



Die Königsmacher

USA. Das kleine New Hampshire hat einen Sieger gemacht: John McCain.
Nur: Warum darf der kleine Staat so große Entscheidungen treffen?

VON CIVILLE RAMANO

Es gibt nicht viele Gründe, nach New Hampshire zu kommen. Nicht viele Gründe, die diesen recht flachen, recht netten, recht provinziellen Landstrich im Nordosten Amerikas Millionen Dollar ausgeben und tausende Kilometer auf den Landstraßen zurücklegen.

Es gibt trotzdem alle vier Jahre ein paar Minuten, die das tun. Aus einem mehrstündigen Grund: Sie wählen Präsident der Vereinigten Staaten.

Das kleine New Hampshire hat vergangenen Dienstag die erste direkte Wahl („Primary“) über die Bühne gebracht und damit ein Urteil mit weit reichenden Konsequenzen gesprochen. Es lautet: John McCain, der bisherige, fähigste, quirlige Vietnamveteran, ist mit 49 Prozent der Stimmen Sieger bei den Republikanern.

George Bush, der bisherige Präsident, wurde (mit 31 Prozent) in die Wüste geschickt – obwohl er am Ende sogar Papst und Mami an den Schauplatz karrierte, um den zu helfen.

Auf demokratischer Seite hat New Hampshire sich, in der Person von Vizepräsident Al Gore, für den Partei-Establishment entschieden (52 Prozent). Und das Verdikt über dessen Herausforderer, den ei-

was kirchlichen, aber heidnisch-charismatischen Ex-Basketballstar Bill Bradley, lautet: Du wirst dich sehr, sehr antun müssen, wenn du überhaupt ins Rennen bleiben willst.

Die vier ausgewählten und um viele Millionen Dollar armeren Kandidaten nahmen den Spruch am Ende mit einer Demut hin, als sei hier über ihr Sein oder Nichtsein entschieden worden. „Das ist der Beginn eines großen nationalen Konsenses“, sagte McCain, „das ist die Botschaft an Washington, dass die Wende kommt.“ Der 63-jährige Herausgeber hat um jede sinnliche Seele gekämpft – 114 Versammlungen und 25.000 Kilometer in 79 Tagen.

Der Rest ist Dummheit. Die harte Kleinarbeit hat sich ausgezahlt und New Hampshire könnte McCain tatsächlich auf jene Straße geführt haben, die am Ende, im November, zur Präsidentschaft führt. Und das, obwohl der Kleinstaat für das Riesenzoo Amerika mit seinen tausenden Geschlechtern und Farben, wider relevant noch repräsentativ ist.

Breit Thomas Sorensen zum Beispiel kann New Hampshire nicht nurreden (er ist der einzige Bundesstaat, in dem es weder Mehr- noch Einkommenssteuer gibt). In der Rassenfrage ebenso wenig (die grünen far-

bige Minderheit würde nicht einmal ein Football-Stadion füllen). Was „Urbanität“ heißt, weiß man allenfalls aus dem Fernsehen (die Hauptstadt Manchester hat 100.000 Einwohner). Und die Delegierten, die vergangenen Dienstag gewählt wurden, werden bei den Parteikonventionen weniger als ein Prozent der Stimmen ausmachen.

Wieso also der Rummel? Die Millioneninvestitionen? Die Nervosität? Die Erklärung für dieses Paradox steckt im amerikanischen Wahlsystem (siehe Grafik), das im Detail schwer durchschaubar ist, in Prinzip jedoch zwei Grundregeln gebietet. Regel eins: Das Geld folgt immer dem Sieg. Wer am Anfang eine Niederlage einstecken muss, braucht viel Überzeugungskraft, um seine Geldgeber bei der Stange zu halten und den Wahlkampf überhaupt bis in die entscheidende Phase hinein durchzuführen.

Regel zwei: Nur wer einmal gezeigt hat, dass er siegen kann, wird weiter siegen. Der Rest ist Dummheit, wie das Magazin „US News & World Report“ es nennt. Oder, wie die „New York Times“ meint, eine Kern-Feuerwerke, die sich, eines nach dem anderen, anzünden.

In den nächsten Wochen geht jetzt nämlich alles ganz schnell. Am 7. März, das

„Vorsatz-Primary“, wählen 15 Staaten gleichzeitig – unter ihnen die großen Brocken Kalifornien und New York. Kann dann in ihren Dankesreden gebührend loben, sollen die Kandidaten schon im Fluge, um die nächsten Primary-Schauplätze zu bearbeiten. Die Seite komplexer Strategie-Entscheidungen, die zu den kommenden Wochen treffen müssen, gleicht dem Blitzschnee: kann Zeit, über den nächsten Zug nachzudenken – jeder Fehler kann fatal sein.

Mitte März ist alles vorbei. McCain zum Beispiel. Er hofft, den Rückenwind nach South Carolina (19. Februar) einzunehmen und damit den Schwerefall, den Bush um seine Rationen in den konservativen Südstaaten erreicht hat, zu verheulen. Bush hingegen muss McCain möglichst schnell, möglichst schon in Arizona (22. Februar) schlagen, um den Siegesmoment zu sichern und das auf der Langstrecke finanziell auszuhalten.

Auf der anderen Seite braucht Bradley New York wie einen Rosen Rot. Im Nordosten stehen seine wichtigsten Kolonnen, die phidelen, unabhängigen, gesellig-progressiven Wähler. Scheitert er hier, ist das Präsidentschaftswahlkampf für ihn vorbei. Gore hingegen flitzt zwischen Georgia, Kalifornien und der Ostküste hin und her, um im Süden die Schwarzen, im Westen die Latinos und überall die Gewerkschaften an sich zu binden.

Blüht die Frage: Wer behält da noch den Überblick? Die Kandidaten, die Strategen, die Wähler? Mitte März, wenn sich die Amerikaner kurz den Staat an den Augen reiben, werden zwei Drittel der Delegierten feststehen. Damit ist das Rennen praktisch geläufig – kann dann die Öffentlichkeit sich darauf einstellen hat, dass es überhaupt begonnen hat.

Wieso das zentrale Problem der amerikanischen Politikdiskussion: angesprochen ist: Um sich einen Platz an der Sonne zu sichern und in der entscheidenden Anfangsphase dabei zu sein, rangelt die Strasse um immer frühere Primary-Termine. So dicht zudrängt wie heute war es noch nie. Die Wähler haben keine Zeit, mit den Kandidaten warm zu werden, die Kandidaten keine Zeit herauszufinden, was die Wähler eigentlich von ihnen erwarten.

Weniger als die Hälfte wählt. Je früher ein Wahlkampf, desto besser wird es auch – mehr Logistik, mehr Fliegerei, mehr Fernsehspots. Da können nur die allerwenigsten mithalten. Kein Wunder, dass viele amerikanische Kandidaten, wie etwa die christianische Republikanerin Elizabeth Dole (ihren Ehemann einst an Bill Clinton scheitern), schon im Vorfeld zu n, gründen mussten. Und am Ende ist der niedrigste Mensch der Welt aus, von dem das Volk gar nicht mehr so genau weiß, wie er eigentlich bis dorthin gelang ist.

Is das demokratisch? Ist es fair? Und, die entscheidende Frage: Gibt es einen anstän-

Wie man US-Präsident wird



lichen Zusammenhang mit dem Phänomen, das mehr als die Hälfte der Amerikaner überhaupt nicht wählen gehen? Etwas sind die USA besser an dem Punkt angelangt, wo sich der Unmut mit dem System Bahn breitet.

Seit es dort noch kein Zufall, dass der Superstar der Stunde, John McCain, einer ist, der sich als Kämpfer gegen das Establishment verkauft. Mit einer revolutionären Methode: Er redet, redet und redet – in Schulhäusern, Versammlungshallen, Fast-Food-Restaurants, wo immer ihm ein Zuhörer begegnet, um die umgerechneten 900 Millionen Schilling in Bushs Wahlkampf-kasse weiterzugeben.

In New Hampshire, zum Beispiel, nennen protestantischen, antypischen Kleinstaat im Nordosten, wo ein Kandidat theoretisch fast jeden Wähler der Hand schmeicheln muss, hat das Underdog-Rennspiel funktioniert. In Kalifornien oder New York, wo Amerika Amerika ist, wird es schwerer werden.



KANDIDAT GORE
Mit viel Geld hat er zwischen
Kalifornien und der Ostküste
hin und her

KANDIDAT BUSH
Auch der Einsatz von
Mama und Papa hat
nicht geholfen

